

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 6 / 46. Jg.

10. Februar 1933

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktionsschluß: Montag, Fernruf: B 2, Leipzig 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Überelakunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort: Schkenditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Unternehmeranträge zum Steindrucktarif

Der seit Beginn der Krise vom Verband geführte außerordentlich heftige und hartnäckige Kampf gegen Zwangseingriffe in den Leistungslohn hat mit dem Schiedsspruch vom 27. Januar seine Entscheidung zugunsten der Gehilfen gefunden. Das Reichsarbeitsministerium hat nach langen Kämpfen endlich der eigentlich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch von selbst gegebenen Rechtsauffassung Rechnung getragen, daß in Einzelverträge nicht zwangsweise eingegriffen werden darf, soll nicht das ganze Vertragswesen seine rechtliche Grundlage verlieren. Den Unternehmern, die bei Forderungen der Gehilfen auf kollektive Erhöhung der Leistungslohne den gleichen Rechtsstandpunkt vertraten und nur Vereinbarungen für rechtlich zulässig hielten, paßt diese Entscheidung gar nicht. Sie haben diese Entscheidung mit Einwendung und Einwänden zu verhindern gesucht, die einzig nur Kopfschütteln auslösen müssen. Wir haben darüber berichtet, daß sich auf einmal der bald 10 Jahre geltende Leistungslohn in Unternehmerköpfen so spiegelte, daß er sich zusammensetzte aus dem Mindestlohn für Ausgelernte und einem überschießenden Betrage. Die Kollegen kennen auch noch die Unternehmerbehauptung, daß die tariflichen Arbeitsvermittler die Leistungslohne bestimmt hätten. Als dieser Einwand hinfällig geworden war, waren die Bestimmer der Höhe des Leistungslohnes die Auskunftserteiler. In letzter Minute des Streites versuchten die Unternehmer dem Schlichter einzureden, der Betriebsvertrauensmann bestimme die Höhe des Leistungslohnes. Wäre dieser Einwand der Ausdruck ehrlicher Überzeugung, müßte er eine viel größere Wertschätzung der Vertrauensleute durch die Unternehmer zur Folge haben. Aber das ist nach den gemachten Erfahrungen nicht zu erwarten. Alle diese Einwände zeigen nur, wie schwer dieses Ringen um die gesetzliche Basis des Leistungslohnes gewesen ist. Nach Abschluß dieses Ringens war zu erwarten, daß nun die Unternehmer gegen den Bestand des Leistungslohnes angingen würden, weil es ihnen ja nur darauf ankommt, eine ihnen günstig erscheinende politische Situation zur Lohnquetsche auszunützen.

Dieser Angriff auf den Bestand des Leistungslohnes und einige andere Vertragsbestimmungen des Tarifes folgte unmittelbar. Gegenüber früheren Gepflogenheiten, die Termine zur Beratung eines neuen Tarifes mehr an das Ende des Tarifjahres zu verschieben, hat der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer wissen lassen, daß er dieses Jahr auf die Einhaltung der tariflichen Fristen Wert legt. Die Bestimmungen über die tariflichen Fristen lauten:

§ 22. Gültigkeitsdauer des Tarifes.

1. Der Tarif gilt auf die Dauer von einem Jahr, und zwar vom 1. Juni 1932 bis 31. Mai 1933.

2. Wird der Tarif drei Monate vor Ablauf von keiner Seite gekündigt, so verlängert er sich jeweilig auf ein Jahr.

3. Abänderungsanträge sind vier Monate vor Ablauf des Tarifes einzubringen und müssen innerhalb eines Monats beraten werden.

Nach diesen Bestimmungen war der 31. Januar 1933 der letzte Termin zur Einreichung von Anträgen zur Neustipulierung des Steindruckertarifes. Die Vertragsparteien tauschten an diesem Tage ihre Anträge auch gegenseitig aus. Sieht man diese Anträge kritisch durch, dann ergibt als Grundlage der Gehilfenanträge: Hilfe den Arbeitslosen! Die Unternehmeranträge dagegen segeln unter dem Rubrum: Die Herren sind wir! Den Beweis dafür liefern folgende Feststellungen:

Ohne näher auf die Gehilfenanträge einzugehen, die später noch besprochen werden, kann zusammenfassend gesagt werden, daß die Gehilfenanträge zunächst wieder beseitigen wollen, was im vergangenen Jahre an Tarifbestimmungen verhandelt worden ist. Dann wird die 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und eine verbesserte Lehrlingskala gefordert. Beseitigung des Überstundenunfugs und Bemessung des Ausgelerntenlohnes auf 36,— Mk. die Woche geben die Richtung der weiteren vom Vorstand im Auftrag der Gehilfenschaft gestellten Anträge an. Sie zielen darauf ab, die Kaufkraft der Gehilfenschaft zu stärken und ihre soziale Lage zu verbessern.

Die Unternehmer wollen mit ihren Anträgen traditionell das Gegenteil. Sie stellen folgende Forderungen:

Schichtarbeit:

Für die außerhalb der Tagesstunden liegenden Stunden der zweiten Schicht 10 Prozent Lohnaufschlag, für die dritte Schicht 25 Prozent.

Überstunden:

Bei Kurzarbeit wird bis zur Leistung der 48 Wochenstunden für Mehrstunden kein Zuschlag gezahlt. Sonst: Wochentags 25 Prozent, Sonntags 50 Prozent.

Lohn:

Einführung eines nach Alters- und Ortsklassen gestaffelten Tariflohnes. Höhe des Tariflohnes? Behalten wir uns vor.

Lehrlingswesen:

Das Wochengeld der Lehrlinge beträgt:

im 1. Lehrjahr	4,— Mk.,
im 2. Lehrjahr	6,— Mk.,
im 3. Lehrjahr	8,— Mk.,
im 4. Lehrjahr	10,— Mk.

Feiertagsbezahlung:

Feiertage werden nicht mehr bezahlt.

Ferien:

Bezahlte Ferien werden geboten:

bei 1 Jahr Beschäftigung 3 Arbeitstage,
bei 3 Jahren Beschäftigung 4 Arbeitstage,
bei 6 Jahren Beschäftigung 6 Arbeitstage.

Damit es den Gehilfen nicht zu wohl wird, soll für 1933 gelten, daß nur 75 Prozent der tariflichen Ferien zu bezahlen sind.

Kreisschiedsgericht:

Das Kreisschiedsgericht soll auch einen Unparteiischen haben. Die Kosten tragen die Verurteilten.

Das sind nicht etwa alle Unternehmerzumutungen an die Gehilfenschaft. Der Antragsstrauf der Unternehmer hat noch manch andere Gerüche, die ebenfalls in die Nase stechen. Aber das Aroma ist durch die von uns gegebenen Andeutungen im Großen gekennzeichnet. Dazu ist nur zu sagen: diesen Strauf kann die Gehilfenschaft nicht erreichen!

Den Unternehmern dürfte doch die ununterbrochene Stellungnahme der Gehilfenschaft bekannt sein dahingehend, daß ihr ein Tarif nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist. Ermöglichen die Bestimmungen eines Tarifes einen tragbaren Ausgleich der gegensätzlichen Interessen der Vertragspartner nicht mehr, sind sie nutz- und zwecklos. In dieses Stadium scheint jetzt der Tarifvertrag für das deutsche Lithographie und Steindruckgewerbe geraten zu sein. Denn daß die Gehilfenschaft nach dem schwierigen Tarifabschluß des vergangenen Jahres auch nur ein Jota von den Unternehmeranträgen schluckt, liegt außerhalb jeder berechtigten Annahme. Und daß die Unternehmer ihre Anträge nur gestellt haben, um das Gehilfenblut in Wallung zu bringen, hieße sicherlich die Sachlage verkennen. Der schon längst abgesehene Zeitpunkt scheint eben da zu sein, daß der Steindruckertarif in die Binsen geht. Der Leidtragende muß in erster Linie notwendigerweise das Gewerbe sein; denn auf seinem Rücken spielt sich alles folgende ab. Sicher wird in der Zeit täglich freier Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch die Gehilfenschaft einige Haare lassen. Aber wo eben gehobelt werden muß, fallen Späne. Und die Gehilfenschaft wird nicht nur Span, sie wird auch kräftig Hobel sein!

Aber so weit ist es noch nicht. Nach den Tarifbestimmungen müssen die Anträge erst beraten werden. Müßte das Antragsgericht der Unternehmer von den Gehilfenvertretern so heiß gegessen werden wie es gekocht worden ist, wäre ihnen zu raten, sich gar nicht erst an den Tisch zu setzen. Aber ein Termin dafür ist noch gar nicht angesetzt; das Ragout ist also inzwischen abgestanden. Warten wir deshalb seelenruhig ab, was unsere Unterhändler uns von den Verhandlungen zu berichten haben. Trotz der gegenwärtig aufgelegten Zeit liegt wegen der Unternehmeranträge kein Anlaß zur Aufregung vor.

Hie Reaktion — hie Proletariat

Die Ereignisse in Deutschland überstürzen sich. Ehe sich das deutsche Volk versah, war es mit der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg-Seldte beglückt. Nachdem dies geschehen war, konnte man allgemein gespannt sein, welche Taten diese Regierung der geeinigten Reaktion sofort zur Linderung des deutschen Elends einleiten würde. Staff Taten haben wir Wahlen bekommen. Zum sechsten Male in kurzer Frist muß das deutsche Volk wiederum zu Großwahlen im Reich und in Preußen antreten. Die Notwendigkeit der Wahlen wird damit begründet, daß sich die ausschlaggebende Partei des Reichstags, das Zentrum, nicht bereit gefunden habe, der Regierung das Arbeiten ohne den Reichstag auf mindestens 12 Monate zu ermöglichen. Dabei stand das nicht einmal fest. Das Zentrum hatte nur bestimmte Fragen gestellt, wie sich die Regierung zu diesem oder jenem Problem stellt und wie sie in diesem oder jenem Punkt handeln würde. Ohne einen triftigen Grund wurde der im November 1932 gewählte Reichstag nach Hause geschickt. Die Absicht ist klar: man wollte die in breiten Kreisen des Bürgertums bestehende Begeisterung für das neue Regiment ausnutzen und sich nicht erst durch reaktionäre Handlungen bloßstellen. Deshalb die überstürzte Auflösung des Reichstags und die kurze Frist bis zur Wahl.

Die vom Reichspräsidenten bewilligte Auflösung des Reichsparlaments wurde vom Reichskanzler Hitler persönlich dem deutschen Volke in Form eines Aufrufs durch den Rundfunk bekanntgegeben. Am 1. Februar wurde bereits den ganzen Tag über im Rundfunk darauf hingewiesen, daß Adolf Hitler persönlich den Aufruf um 10 Uhr abends verlesen würde. Und das gutmütige deutsche Volk, welches nicht ohne Schuld plötzlich zum faschistischen Experimentierfeld geworden war, hörte nunmehr im schnarrenden Unteroffizierston den Aufruf der reaktionärsten Regierung, die jemals in Deutschland geherrscht hat. Sie hörte das Geistesprodukt einer Regierungskoalition von Großkapitalisten, Junkern und einer angeblichen deutschen Arbeiterpartei.

Der Aufruf selbst strotzt von Unwahrheiten. Er ist im Stile der nationalsozialistischen Propaganda abgefaßt. Hitler beruft sich auf Gott, schimpft auf die „Novemberverbrecher“, zetet über die deutsche Zerrissenheit ohne hinzuzufügen, daß diese erst dann zur Wirklichkeit wurde, als die verlogene Agitation einer nach fremdländischen Mustern aufgezogenen Partei Erfolg hatte. Er sprach von der „kommunistischen Methode des Wahnsinns“, wie überhaupt der Kommunismus der Popanz ist, der dem deutschen Spießbürger vorgehalten wird und von dem im Aufruf öfter die Rede war. Familie, Treue, Kultur und Wirtschaft, die Moral des christlichen Glaubens usw. seien durch die alles verneinende Idee des Marxismus zerstört worden. 14 Jahre habe der Marxismus in Deutschland geherrscht und es in ein Chaos und Trümmerfeld verwandelt. Von den 14 Jahren hat die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin des Marxismus und auf die die Angriffe abzielen, nur 58 Monate, also keine fünf Jahre der Reichsregierung angehört. Maßgebend regiert haben das Zentrum, die Demokraten, die Wirtschaftspartei und die heutigen Verbündeten der Nazis, die Deutschnationalen. Doch Verdrrehungen gehören zum Ton der Nazi-Propaganda, und es kennzeichnet die Aufrichtigkeit dieser Leute, daß sie die Folgen des verlorenen Krieges, die von den bürgerlichen Parteien verschuldete Inflation und die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftskrise dem Marxismus in die Schuhe schieben. Kein Wort davon, daß auch in den übrigen Industrieländern eine harte Krise herrscht, daß die Arbeitslosigkeit in dem reichen Amerika schlimmere Auswüchse zur Folge hatte als in Deutschland. Was Männer wie Ebert, Müller, Stresemann, Brüning u. a. für die Befreiung Deutschlands von den drückenden Bestimmungen des Versailler Vertrages, für die Befreiung von Ruhr und Rhein geleistet haben, davon hörte man kein Wort. In demagogischer Weise wurde und wird alles bis jetzt Geleistete heruntergerissen. Man hörte nichts davon, daß in den Jahren von 1926 bis 1930, als die Sozialdemokratie maßgebend herrschte und die gewerkschaftlichen Aktionen Früchte zeitigten, der deutsche Arbeiter einen Lebensstandard hatte, um den ihn das Ausland beneidete.

Nach den Angriffen konnte man wirklich gespannt sein, was dieser Mann nun an positiven Vorschlägen dem deutschen Volke unterbreiten würde. Erstaunt hörte man nun, daß die „nationale Regierung“ die Reorganisation der Wirtschaft mit zwei großen Vierjahresplänen durchgeführt sehen will. Der deutsche Bauer soll gerettet, dem deutschen Bürger geholfen und der deutsche Arbeiter soll von der Arbeitslosigkeit befreit werden. Nach diesen Ankündigungen hörte man wörtlich: „Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Stedlungspolitik“. Das war das einzige Positive, was aus der langen Rede herauszuhören war. Merke wohl: der deutsche Arbeiter soll zum Arbeitssoldaten gemacht werden, der von einer Kaste nationalsozialistischer Führer gedrillt und geschnurigt werden soll. Demgegenüber war das

außenpolitische Programm sehr zahm. Hitler sprach von der Erhaltung und Festigung des Friedens, dessen die Welt heute mehr bedürfe als je. Man hörte nichts mehr von der Zerschmetterung der Feinde, nichts von der Aufrüstung der deutschen Wehrmacht, sondern nur die Forderung von der Beschränkung der Weltrüstungen. Man hörte weder etwas von der Enteignung der Bank- und Börsenfürsten noch von der Durchführung sozialistischer Pläne, sondern so weit die Kapitalistenklasse in Frage kommt, sanfte Töne, was nicht zu verwundern ist, sientemalen das Großkapital seine Vertreter im Kabinet hat und diese den Aufruf mit unterzeichnet haben.

Wir müssen klar sehen: als Resultat der Entwicklung der letzten Tage haben wir die geeinigte Reaktion vor uns. Großkapitalisten, Reaktionäre und NSDAP. haben sich des Staatsapparats bemächtigt und sind gewillt, ihn rücksichtslos gegen das arbeitende Volk zu gebrauchen. Es geht jetzt um Biegen oder Brechen. Der Faschismus ist in Deutschland auf legale Weise zur Macht gekommen. Diese Macht soll nunmehr durch das zustimmende Votum der Mehrheit der Wählerschaft gestützt und untermauert werden. Das Volk soll sich am 5. März für oder gegen das faschistische Experiment entscheiden. Was die Gewerkschaften in 50 Jahren aufgebaut und an sozialen Rechten errungen haben, was die Sozialdemokratie für Freiheit, Arbeit und Frieden geleistet hat, all das soll jetzt rücksichtslos beseitigt werden. Der ganze Stoß des Faschismus richtet sich gegen die Arbeiterklasse.

Für die deutsche Arbeiterbewegung hat eine Periode der Unterdrückung begonnen. Wir treten in einen Wahlkampf ein, der von der Gegenseite mit Hilfe der staatlichen Machtmittel durchgeführt wird. Der mit Brutalität geführte Wahlkampf richtet sich einzig und allein gegen die Freiheit der Arbeiterklasse. Der Hand- und Kopfarbeiter soll wieder zum stummen und rechtlosen Untertan gemacht werden. Er soll Arbeitssoldat werden, der sich willenlos, skrupellosen Parteifunktionären zu unterwerfen hat. Dagegen gilt es Front zu machen. Die Arbeiterklasse will frei sein! Sie führt den Wahlkampf mit ganzer Kraft für Freiheit und Menschenrechte!

13. Ausschußsitzung des ADGB.

In seinem Bericht vor dem Bundesausschuß gab Leipart am 31. Januar einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich am Sonnabend und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Leider vergeblich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Leipart erinnerte an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor wenigen Monaten. Im November lehnte Hindenburg es ab, Hitler ein Präsidialkabinet anzuvertrauen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als jemals einem früheren Kanzlerkandidaten. Er verlangte von ihm, daß er seine parlamentarische Mehrheit nachweise, wenn er auf die Kanzlerschaft Anspruch erhebe. Jetzt war hiervon keine Rede mehr. Hitler hat damals erklärt, er halte es für notwendig, daß der deutsche Kanzler in dieser Zeit die Aufgabe habe, für eine zeitlich fixierte und materiell begrenzte Aufgabe sich eine Ermächtigung vom Parlament zu verschaffen. Bekanntlich ist schon gestern von dem Gedanken an ein solches Ermächtigungsgesetz g. redet worden.

Was von dieser Regierung sozialpolitisch zu erwarten ist, zeigt das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die sachlichen Umgruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neugebildeten Krisenministerium. Auch die Haltung gegenüber einer Persönlichkeit wie dem Staatssekretär Grieser läßt die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen.

Die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministerium Hugenbergs, läßt keinen Zweifel, wohin der Kurs geht. Keine staatliche Lohnpolitik, vielleicht auch keine Schlichtung mehr, selbst nicht in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf anderen Gebieten des Tarifrechts wird die gewerkschaftsfeindliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervortreten.

Die Arbeiterschaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie seither. Organisation — nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Lösung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

Graßmann ergänzte den Bericht Th. Leiparts

durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen sollte.

Die Aussprache ergab in eindrucksvoller Weise die einmütige Übereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat. Es verstehe sich von selbst, daß die Zusammensetzung dieser Regierung zu stärksten Bedenken Anlaß gibt. Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmäßigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Daß die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend war, kommt nicht von ungefähr, sie stammt aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewußtsein der Kraft, das keiner großen Geste bedarf und die Disziplin der Arbeiterschaft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Leipart faßte die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag — in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig günstig für sie zu liegen scheinen — eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Rumpelkammer veralteter Vorstellungen reaktionäre Pläne herausholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen —, die deutsche Arbeiterschaft weiß nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, daß auf eine lange Periode sozialen Aufstieges auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewußten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unseren Organisationen entfremdet hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen.

Das Programm der Weltwirtschaftskonferenz

Das vorbereitende Komitee der Weltwirtschaftskonferenz hat seine Tagungen beendet. Die Konferenz soll voraussichtlich im Juni in London stattfinden. Einen früheren Zusammentritt hat man abgelehnt, weil man hofft, daß die Kriegsschuldfrage inzwischen erledigt werden kann. Folgende Fragenkomplexe sollen auf der Konferenz behandelt werden: 1. Währungs- und Kreditpolitik; 2. Preise; 3. Wiederaufnahme des Kapitalverkehrs; 4. Handelshemmnisse; 5. Zoll- und Handelsverkehrspolitik; 6. Organisation der Produktion und des Warenaustausches. Die in Genf versammelten Sachverständigen zur Vorbereitung der Konferenz haben ihre Meinung in einem Bericht zusammengefaßt. Im ersten Kapitel heißt es: daß die Beseitigungen der Beschränkungen des Handels durch Kontingente, Einfuhrverbote, Devisenbewirtschaftung und Clearing-Abkommen das dringendste zu lösende Problem sei. Über die Zoll-, Tarif- und Handelsvertragspolitik wird u. a. gesagt: eine Besserung der Wirtschaftslage kann nur erreicht werden, wenn die Schuldnerländer ihre Schulden mit Waren und Dienstleistungen bezahlen. Bezüglich der Organisation, der Produktion und des Warenaustausches wird gewünscht, daß die internationalen Kartelle weiter aufrecht erhalten werden. Es sei zu prüfen, ob auf anderen noch nicht kartellierten Zweigen Kartelle zustande gebracht werden können. Nötigenfalls soll dies mit staatlicher Hilfe geschehen. — Bis zum Zusammentritt der Konferenz vergehen noch einige Monate. Wenn sich alle Staaten für ein gutes Gelingen derselben einsetzen, kann die Zwischenzeit noch gut ausgenutzt werden.

Deutsche Druck-Erzeugnisse auf dem Weltmarkt

Es war vorauszusehen, daß die Ausfuhr deutscher Druck-Erzeugnisse im Jahre 1932 erheblich zurückgehen würde. Die Außenhandelspolitik der autoritären Staatsführung, die einseitig auf die Begünstigung der Landwirtschaft eingestellt ist, ließ ein anderes Ergebnis nicht erwarten. Dazu kommt, daß die kurzfristige Zollpolitik des Auslandes die Ausfuhr deutscher Druck-Erzeugnisse wesentlich erschwert. Die ganze Welt kennt die verhängnisvollen Wirkungen fortwährender Zollerhöhungen, aber kein Staat macht den Anfang mit der Niederreißung der Zollmauern und der Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen. Die Kündigung von Handelsverträgen, der stille Handelskrieg der Länder gegen- und untereinander vernichtet den Export der Staaten und führt zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Weiter hat die Schrumpfung der Massenkaufkraft die Ausfuhr deutscher Druck-Erzeugnisse stark gehemmt. Die Untersuchung des deutschen Außenhandelsergebnisses für 1932 ergibt, daß die Ausfuhr in sämtlichen Positionen der Druck-Erzeugung zurückgegangen ist. Am stärksten ist der Rückgang bei Farbendruckbildern, Kupfer- und Stahlstichen und Gemälden auf Gewebe, Holz, Stein usw. Lediglich die Ausfuhr von Photographien ist mengenmäßig gestiegen.

Die Buchausfuhr.

Während Deutschland im Jahre 1913 rund 149 000 Doppelzentner Bücher ausfuhrte, betrug die Ausfuhr im Jahre 1932 nur 71 550 Doppelzentner. Die Buchausfuhr ist gegenüber der Vorkriegszeit also um über die Hälfte zurückgegangen. In den letzten Jahren entwickelte sich die Buchausfuhr wie folgt:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.
1932	71 551	36 517
1931	80 756	48 036
1930	87 163	56 975
1929	89 270	55 816

Eingeführt wurden im Jahre 1932 26 548 Doppelzentner Bücher im Werte von rund 10,5 Millionen Mark gegen 36 081 Doppelzentner im Werte von 15,5 Millionen Mark im Jahre 1931. Die mengenmäßige Einfuhr ist um 9 433 Doppelzentner, die wertmäßige um 5 Millionen Mark zurückgegangen. Der Ausfuhrüberschuß betrug 1932 rund 45 000 Doppelzentner gegen 44 756 Doppelzentner im Jahre 1931. Die wichtigsten Ausfuhrländer waren:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.		
1932	1931	1932	1931	
Saargebiet	1 661	1 972	815	1 259
Belgien	655	854	453	597
Dänemark	959	1 419	495	794
Danzig	1 138	1 623	609	907
Polen	1 968	3 919	1 184	1 945
Frankreich	2 680	2 722	1 425	1 703
Großbritannien	3 800	2 780	1 210	1 733
Italien	1 666	1 201	1 084	1 000
Jugoslawien	515	800	340	888
Niederlande	4 357	4 286	2 358	2 702
Österreich	15 433	19 080	6 457	9 429
Schweden	1 058	1 429	735	1 096
Schweiz	14 211	12 755	6 567	6 822
Tschechoslowakei	11 119	12 680	4 776	6 356
Ungarn	725	1 025	470	761
Rußland	884	488	1 072	514
Ver. Staaten	3 566	4 767	3 164	4 562
Kanada	149	142	103	119
Argentinien	411	268	151	184
China	103	291	132	361
Japan	741	1 482	895	1 771

Gestiegen ist die mengenmäßige Ausfuhr nach Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweiz, Rußland, Kanada und Argentinien, nach allen anderen in dieser Aufstellung angeführten Ländern ist die Ausfuhr zurückgegangen. Sehr stark ist unsere Ausfuhr zurückgegangen nach allen südamerikanischen Staaten. Chile, Mexiko und Peru sind als Bezugsländer ganz ausgeschlossen. Ebenso ist die Ausfuhr nach Indien, Australien und Afrika gering. In Europa ist unsere Buchausfuhr besonders nach den baltischen Staaten und Griechenland bedeutend zurückgegangen.

Die Ausfuhr von Musiknoten.

Die Ausfuhr von Musiknoten entwickelte sich in den letzten Jahren wie folgt:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.
1932	6 584	2 785
1931	8 431	3 708
1930	9 751	4 523
1929	10 845	5 126

Die Einfuhr von Musiknoten betrug 1932 1201 Doppelzentner im Werte von 645 000 Mark gegen 1416 Doppelzentner im Werte von 814 000 Mark im Jahre 1931. Der wertmäßige Ausfuhrüberschuß stellte sich 1932 auf 2 140 000 Mark. Gemessen an der Ausfuhr ist die Einfuhr nicht erheblich. Die wichtigsten Abnehmerstaaten waren:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.		
1932	1931	1932	1931	
Belgien	348	402	109	124
Dänemark	193	270	75	126
Polen	146	190	78	99
Frankreich	266	438	111	143
Großbritannien	412	665	187	320
Italien	209	305	86	115
Niederlande	784	953	357	422
Österreich	1106	1231	431	573
Schweden	205	391	77	133
Schweiz	1093	1122	453	469
Tschechoslowakei	916	1025	398	516
Japan	97	170	26	49
Ver. Staaten	258	379	160	235
Argentinien	68	175	27	63

Hier ist die deutsche Ausfuhr nach sämtlichen Ländern zurückgegangen. Nach mehreren kleineren Ländern, die in dieser Aufstellung nicht angeführt sind, da ihr Bezug von deutschen Musiknoten sehr gering ist, ist die Ausfuhr etwas gestiegen, so nach Luxemburg, Bulgarien und Portugal.

Die Kalender-Ausfuhr.

Die deutsche Ausfuhr von Kalendern betrug 1932 526 Doppelzentner gegen 657 Doppelzentner im Jahre 1931 und 625 Doppelzentner im Jahre 1930. Der Wert dieser Ausfuhr betrug 1932 rund 102 000 Mark gegen 134 000 Mark 1931 und 152 000 Mark 1930. Die Einfuhr von Kalendern stellte sich 1932 auf 447 Doppelzentner im Werte von 70 000 Mark gegen 273 Doppelzentner im Werte von 69 000 Mark 1931. Die wichtigsten Abnehmerländer waren:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.		
1932	1931	1932	1931	
Saargebiet	54	81	9	23
Frankreich	33	31	4	5
Österreich	150	132	23	20
Schweiz	154	149	30	33
Ver. Staaten	70	—	13	—

Die Ausfuhr von Land- und Seekarten.

Hierin wurden 1932 398 Doppelzentner gegen 897 Doppelzentner im Jahre 1931 und 991 Doppelzentner im Jahre 1930 ausgeführt. Der Wert der Ausfuhr betrug 1932 rund 342 000 Mark, 1931 rund 740 000 Mark und 1930 896 000 Mark. Die Einfuhr betrug 1932 250 Doppelzentner im Werte von 175 000 Mark gegen 335 Doppelzentner im Werte von 273 000 Mark 1931. Der Ausfuhrüberschuß stellte sich 1932 auf 138 Doppelzentner, 1931 auf 562 Doppelzentner. Im Verhältnis zur Ausfuhr ist die Einfuhr 1932 wesentlich höher als 1931. Die wichtigsten Ausfuhrländer waren:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.		
1932	1931	1932	1931	
Saargebiet	10	14	11	14
Polen	13	11	21	13
Frankreich	14	19	12	23
Niederlande	38	63	43	65
Österreich	60	87	43	72
Schweiz	101	99	77	88
Ver. Staaten	24	108	21	94

Im letzten Jahre haben Norwegen, Schweden und die Türkei, die 1931 noch 150 Doppelzentner Land- und Seekarten von Deutschland bezogen, von Deutschland nichts mehr eingeführt. Die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei ging von 46 auf 17 Doppelzentner zurück.

Die Ausfuhr von Farbendruckbildern.

Diese Position weist starke Verluste auf. Der Wert der Ausfuhr von Farbendruckbildern ging um 1 562 000 Mark zurück. Von 1929 bis 1932 sank die wertmäßige Ausfuhr um 4,3 Millionen Mark. Die Einfuhr ist nicht erheblich. Sie betrug 1932 319 Doppelzentner im Werte von 276 000 Mark. Im Jahre 1931 wurden 617 Doppelzentner im Werte von 515 000 Mark eingeführt. Die Entwicklung zeigt folgendes Bild:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.
1932	3 862	2 876
1931	5 475	4 438
1930	7 654	6 062
1929	9 195	7 172

Die Tabelle zeigt ein starkes Absinken der Ausfuhr. Wie die folgende Übersicht zeigt, ist die Ausfuhr besonders nach den europäischen Ländern stark gefallen:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.		
1932	1931	1932	1931	
Saargebiet	43	51	23	38
Belgien	169	174	131	148
Polen	197	305	239	218
Frankreich	179	224	145	196
Großbritannien	234	447	133	342
Italien	228	383	188	302
Niederlande	401	376	238	282
Österreich	195	319	155	257
Schweden	75	118	51	92
Schweiz	211	305	220	318
Spanien	176	275	121	190
Tschechoslowakei	205	339	165	307
Ver. Staaten	639	627	476	676
Kanada	132	170	62	72

Weiter sind erhebliche Verluste der Ausfuhr eingetreten nach China, Japan, Brasilien, Chile,

Mexiko und den Philippinen. Die Ausfuhr nach Argentinien ging von 77 auf 34 Doppelzentner zurück, die Ausfuhr nach Südafrika sank von 60 auf 29 Doppelzentner, die nach Ungarn von 94 auf 28 Doppelzentner und die nach Danzig von 39 auf 9 Doppelzentner. Griechenland bezog 1931 noch 45 Doppelzentner, im Jahre 1932 aber nichts. Nach Japan führten wir 1931 rund 55 Doppelzentner aus, 1932 aber ebenfalls nichts.

Die Ausfuhr von Kupfer- und Stahlstichen.

Prozentual noch stärker ist im letzten Jahre die Ausfuhr von Kupfer- und Stahlstichen, Holzschmitte usw. gesunken. Bis zum Jahre 1931 ist die Ausfuhr in dieser Position gestiegen, 1932 aber ist sie um nahezu zwei Drittel der Menge nach gefallen. Folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.
1932	61	391
1931	175	1 462
1930	152	2 253
1929	122	2 407

Die Einfuhr von Kupfer- und Stahlstichen, Holzschmitte, Helio- und Photogravüren betrug 1932 2 Doppelzentner im Werte von 14 000 Mark. An der Spitze der Abnehmerländer stehen die Vereinigten Staaten mit 16 Doppelzentnern, dann folgt die Schweiz mit 15, Großbritannien mit 5, Österreich mit 4, Frankreich mit 3 Doppelzentnern.

Die Ausfuhr von Photographien.

Hier ist die mengenmäßige Ausfuhr gestiegen, die wertmäßige entsprechend des allgemeinen Preisrückganges gefallen. Die Ausfuhr entwickelte sich wie folgt:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.
1932	360	413
1931	330	462
1930	284	475
1929	258	381

Die Einfuhr betrug 1932 154 Doppelzentner im Werte von 156 000 Mark gegen 282 Doppelzentner im Werte von 308 000 Mark 1931. Der mengenmäßige Ausfuhrüberschuß betrug 1932 206 Doppelzentner, 1931 48 Doppelzentner. Die wichtigsten Abnehmerstaaten waren:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.		
1932	1931	1932	1931	
Saargebiet	25	48	30	64
Belgien	45	34	43	37
Frankreich	13	18	13	36
Niederlande	52	18	52	22
Österreich	26	27	35	42
Schweiz	58	46	81	82
Tschechoslowakei	15	30	20	40
Schweden	63	—	71	—

Großbritannien bezog 1932 nichts, 1931 dagegen 25 Doppelzentner im Werte von 31 000 Mark. Ebenso führten wir 1932 nach den Vereinigten Staaten nichts aus, gegen 17 Doppelzentner 1931.

Die Ausfuhr von Gemälden.

Bei der Ausfuhr von Gemälden auf Holz, Gewebe, Stein usw. sind die stärksten Verluste eingetreten, wie die folgende Übersicht zeigt:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.
1932	373	2 232
1931	1 130	12 578
1930	1 484	28 651
1929	1 307	34 235

Die Einfuhr betrug 1932 287 Doppelzentner im Werte von 1 333 000 Mark gegen 890 Doppelzentner im Werte von 13,5 Millionen Mark 1931. Die wichtigsten Ausfuhrländer waren:

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.		
1932	1931	1932	1931	
Saargebiet	52	66	83	146
Belgien	10	15	28	133
Frankreich	15	52	124	1 007
Großbritannien	13	51	229	1 161
Italien	11	28	46	229
Niederlande	34	102	196	1 729
Österreich	30	90	95	442
Schweden	29	48	198	343
Schweiz	96	164	602	2 808
Tschechoslowakei	17	101	47	456
Ver. Staaten	57	106	492	3 426
Argentinien	—	37	—	173

Nach Dänemark ist die Ausfuhr von 35 auf 6 Doppelzentner zurückgegangen, nach Danzig von 9 auf 1, nach Polen von 7 auf 5 und nach Norwegen von 28 auf 5 Doppelzentner.

Erwähnt sei dann noch, daß die Ausfuhr von Zeichnungen 1932 68 Doppelzentner im Werte von 415 000 Mark betrug. 1931 wurden 158 Doppelzentner im Werte von 943 000 Mark ausgeführt. Die Einfuhr von Zeichnungen stellte sich 1932 auf 100 Doppelzentner im Werte von 345 000 Mark. Hauptabnehmer deutscher Zeichnungen sind Frankreich, die Niederlande und Großbritannien.

Die Ausfuhr von Druck-Erzeugnissen zeigt also, wie die einzelnen Übersichten erkennen lassen, gegenüber den Vorjahren einen bedeutenden Rückgang. Es kommt nun alles darauf an, ob es gelingt, die verlorengegangenen Gebiete wieder zurückzuerobern. Dazu ist die Einschlagung einer vernünftigen Außenhandelspolitik der beste Weg. Es kann freilich nicht verkannt werden, daß die

Gewinnung oder Behauptung von Absatzgebieten heute auf große Schwierigkeiten stößt. Nicht übersehen darf auch werden, daß sich die neuen allmählich in die Kultur aufsteigenden Länder selbst ein Druckgewerbe schaffen, das ihren Ansprüchen gerecht wird. Wir sehen das besonders an den vielen Zeitungsgründungen in Afrika, Australien, Südamerika und Indien.

Der beste Ausweg aus dem Zustande ist die Stärkung der Massenkraft im Inlande, so daß die breite Masse die Waren kaufen kann, die hergestellt werden. Auf das Ausland kann man sich jetzt, wie die Dinge nun einmal liegen, nicht verlassen. Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe wäre nicht so groß, wenn die Kaufkraft schrittweise so erhöht worden wäre, daß sie mit der Produktionssteigerung und der Drosselung des Auslandsexports Schritt gehalten hätte. Was auf dem Auslandsmarkt an Absatz verlorengeht, muß durch Steigerung der Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt umgesetzt werden. So löst sich das Problem auf. E.N.

Es wird weiter geschwindelt

Die „Rote Fahne“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 2. Februar über eine Veranstaltung des Reichsbundes für Arbeitsdienst, in der am 1. d. M. Generalmajor a. D. Faupel über Arbeitsdienst und Wehrpflicht sprach. In diesem Bericht wird behauptet, daß sich diesem Reichsbund bekanntlich die reformistischen Gewerkschaftsführer angeschlossen haben. Weiter wird behauptet, daß sich in der genannten Veranstaltung neben Offizieren, Stahlhelm-, SA-Führern usw. auch Führer der Gewerkschaften befunden haben. Hierzu erklärt der ADGB: Von der Veranstaltung des Reichsbundes erfahren wir erst durch den Bericht der „Roten Fahne“. Es waren keine Vertreter der freien Gewerkschaften anwesend. Die Behauptung, daß Führer der freien Gewerkschaften dem Reichsbund für Arbeitsdienst angehören, ist völlig aus den Fingern gezogen. Ihre Unsinnigkeit ist für jeden, der sich mit dem „Freiwilligen Arbeitsdienst“ zu beschäftigen hatte, völlig klar, denn es sind vornehmlich die im „sozialen Dienst“ vereinigten Organisationen, die sich gegen die Betätigung reiner Zweckverbände, wie der Reichsbund für Arbeitsdienst einer ist, im FAD. wenden. Man weiß überhaupt oft nicht, was bei der KPD-Presse größer ist: die Sorgenlast oder die Phantasie. In diesen Tagen, wo doch eine Arbeiterpresse wahrhaftig genug anderes zu sagen hätte, schildert die „Rote Fahne“, wie der ADGB-Vor-

sitzende Leipart auf der „Grünen Sport- und Tierzuchtwoche“ in der „Ehrenhalle der deutschen Schützengilden“ zwischen vielen großkopfigen Präsidenten und Freiherrn gesessen habe. Nun war Leipart zu dieser Zeit in Hannover auf einer sozialpolitischen Tagung, so daß über diesen Kohl kein Wort zu verlieren lohnt. Aber die Sorgen dieser Gespensterseher möchten wir heutzutage doch haben.

Der rasch erhöhte Kulturstand der Arbeiterklasse

Die deutschen Arbeiter haben für die Hebung ihrer Lebenskultur Großes geleistet. Wer sie noch aus den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts kennt, in ihrer mehr als primitiven Lebensweise, ohne Anteilnahme an alledem, was die Kunst zuwege brachte, was der Historiker den Menschen zu berichten wußte, der muß sagen: es ist bergauf gegangen mit dem Kulturstand der Arbeiterklasse. Der Proletarier unserer Tage steht in seinem Bildungsstand nicht mehr hinter dem Bürger zurück; er macht ihm in der Gesellschaft die Stellung streitig. Er steht nicht mehr neben dem Besitzenden als Unwissender und Teilnahmsloser, sondern er ringt auch mit ihm im öffentlichen Leben um die Anerkennung seines Willens und seines Könnens. Es gibt kein Gebiet der öffentlichen Verwaltung, in das nicht auch der Proletarier hineinzuwachsen imstande wäre. Im gesellschaftlichen Zusammenleben ist das nicht minder so. Man sehe sich nur einmal im Sportleben um, in der Pflege der volkstümlichen Kunst oder auch auf dem Gebiet der Charité. Noch eine kurze Entwicklungszeit, dann ist der proletarische Lebenswille für die Gestaltung des öffentlichen Lebens ausschlaggebend.

Diese Ausführungen finden wir im Leitartikel der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 2. Sie stellen in treffenden Worten fest, wie rasch und zielsicher es mit dem Kulturstand der Arbeiterklasse bergauf gegangen ist. Das war das große Erziehungswerk der Arbeiterbewegung. Ein derartiger Vorgang hat in der Geschichte der Menschheit noch keine Parallele gehabt. Jetzt kriechen Dunkelmänner aus allen Poren wieder hervor, um diesen hochqualifizierten Stand der Hand- und Kopfarbeiter wieder auf die Stufe eines rechtlosen Heloten herabzudrücken. Sie werden sich die Köpfe einrennen. Die Arbeiterklasse wird niemals zu unterdrücken sein, sofern sie sich ihrer Mission bewußt ist.

Die Volksfürsorge zahlt aus

Bei der Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft laufen gegen Ende dieses Jahres die ersten Versicherungen regulär ab. Über 50 000 der sofort nach Beendigung der Inflation auf die Dauer von zehn Jahren umgestellten früheren Papiermarkversicherungen mit einer Gesamtversicherungssumme von rund 8,5 Millionen Reichsmark werden ausgezahlt und sicher bei den in Frage kommenden Personen große Freude auslösen. Der Wert einer Lebensversicherung wird durch diese bevorstehenden Auszahlungen bei Lebzeiten besonders sichtbar. Zu erwarten ist, daß durch diese Auszahlungen der Volksfürsorge zahlreiche neue Freunde entstehen, die durch Abschluß eines Versicherungsvertrages sich in absehbarer Zeit ebenfalls einen entsprechend größeren Betrag sichern wollen.

Der konsumgenossenschaftliche Umsatz im Dezember 1932

Der Gesamtumsatz der 151 zur Monatsstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtenden Konsumgenossenschaften hat sich im Dezember 1932 mit 54,12 Millionen Mark gegenüber dem Monat November mit 43,5 Millionen Mark kräftig erhöht. Auch die Durchschnittsumsätze je Mitglied mit 26,13 Mark (20,74 Mark im November), je Verteilungsstelle mit 7033 Mark (5655 Mark) und je Verteilungskraft mit 2566 Mark (2112 Mark) haben in erfreulicher Weise zugenommen. Der Dezemberumsatz im Jahre 1931 war niedriger als der Umsatz in sechs vorausgegangenen Monaten desselben Jahres. Im Gegensatz dazu lag der konsumgenossenschaftliche Umsatz im letzten Monat des abgelaufenen Jahres höher als in den übrigen elf Monaten. Das ist ein Zeichen dafür, daß sich die Abwärtsbewegung in der Wirtschaft am Ende des Jahres 1932 nicht mehr in dem gleichen Tempo fortgesetzt hat wie am Ende des Jahres 1931. Der verhältnismäßige Rückgang gegenüber dem Vorjahre lag im Dezember 1932 mit 26,5 Proz. auf der gleichen Höhe wie im November. Die 151 berichtenden Genossenschaften erreichten im Jahre 1932 einen Gesamtumsatz von 598 Millionen Mark gegenüber 812 Millionen Mark im Jahre 1931. Das kommt einem Umsatzverlust von 24,4 Proz. gleich, der durch die Verbilligung der Gesamtlebenshaltungskosten (ohne Wohnung) um 11,8 Proz. nicht ausgeglichen wird. Der Vergleich dieser Verhältniszahlen beweist, wie stark die Einschränkung der Lebensführung unter dem Druck der Wirtschaftsnote geworden ist.

Den Toten zum Gedächtnis!

1932.

† Am 28. Dezember in Hannover **Theodor Flachsberger**, Zeichner aus Danzig, 70 Jahre alt, an Grippe, Invalide seit 1. Februar 1931. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 11. März 1884.

† Am 29. Dezember in Leipzig **Adolf Gerhardt**, Notenstecher aus Leipzig, 72 Jahre alt, an Herzaderverkalkung, Invalide seit 23. März 1930. — Eingetreten in Leipzig am 27. Juni 1920 (vorher Mitglied im Notenstecher-Gehilfenverband seit 1. April 1878).

† Am 31. Dezember in Frankfurt a. M. **Philipp Stroh**, Steindrucker aus Spredlingen, 66 Jahre alt, an Arterienverkalkung, Invalide seit 22. März 1931. — Eingetreten in Neu-Isenburg am 2. Juni 1891.

1933.

† Am 2. Januar in Eßlingen **Carl Hägele**, Steindrucker aus Eßlingen, 69 Jahre alt, an Herzlähmung, Invalide seit 20. Oktober 1929. — Eingetreten in Eßlingen am 1. Januar 1893.

† Am 3. Januar in Aschersleben **Karl Lange**, Lithograph aus Görzitz, 51 Jahre alt, plötzlich an Blutsturz. — Eingetreten in Aschersleben am 31. August 1930 (vorher Mitglied im Finnländischen Lithographenverband seit 1. Mai 1930).

† Am 4. Januar in Dresden **Johann Schlosser**, Steindrucker aus Reischdorf b. Preßnitz i. Böhmen, 79 Jahre alt, an Schlaganfall, Invalide seit 26. Mai 1918. — Eingetreten in Dresden am 15. April 1902.

† Am 5. Januar in München **Hans Port**, Steindrucker aus München, 61 Jahre alt, an Gehirnverwundung, krank 8 Wochen. — Eingetreten in Augsburg am 29. Juli 1895.

† Am 7. Januar in Berlin **Bernhard Knoch**, Lithograph aus Berlin, 58 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide seit 7. Juni 1931. — Eingetreten in Berlin am 15. Juli 1900.

† Am 7. Januar in Halberstadt **Arthur Dreßler**, Lichtdrucker aus Halberstadt, 50 Jahre alt, an Beinleiden, Invalide seit 17. November 1912. — Eingetreten in Berlin am 20. August 1900.

† Am 8. Januar in Berlin **Walter Reinhardt**, Chemigraph aus Leipzig, 60 Jahre alt, an Herzschlag, krank 4 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 6. März 1893.

† Am 13. Januar in Bremen **Karl Springer**, Steindrucker aus Neukölln, 40 Jahre alt, plötzlich an Herzschwäche. — Eingetreten in Bremen am 3. November 1918.

† Am 16. Januar in Berlin **Reinhold Klemke**, Lithograph aus Landsberg a. d. Warthe, 64 Jahre alt, an Herzschwäche, krank 9 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten in Berlin am 4. Mai 1919.

† Am 18. Januar in Berlin **Hermann Stuhlmann**, Kupferdrucker aus Berlin, 51 Jahre alt, an Herzschlag, krank 5 Wochen und 2 Tage. — Eingetreten in Berlin am 18. Oktober 1902.

† Am 19. Januar in Pforzheim i. B. **Karl Schaller**, Steinschleifer aus Obrigheim, 69 Jahre alt, an Herzschlag, Invalide seit 16. März 1921. — Eingetreten in Karlsruhe i. B. am 15. Oktober 1895.

† Am 19. Januar in Berlin **Paul Schwan**, Steindrucker aus Berlin, 70 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 1 Woche. — Eingetreten in Berlin am 28. Februar 1909.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbenkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsitz.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsals D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

KARL MESS G. M. B. H., BERLIN SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Tel. F. 8, Oberbaum 2250.

Viele Kollegen

an Stein- und Offsetpressen erleichtern sich die Arbeit durch Verwendung von

UNGERS „Antifroden“

Kein Eintrocknen der Farbe über Nacht, keine Nachteile.

Paul Unger, Zwickau Sa.

Schiffach Nr. 133. (Früher Offsetstruktur).

F **arbenlehre für das Steindruckgewerbe**

Eine berufskundliche Grundlage für Schule und Praxis. Verlag: Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe. Preis 3,00 RM. einschließlich Porto. Durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.